

klar.links

Die Linke

Friedrichshain-Kreuzberg



Zeitungszusteller erhalten in der Regel lediglich den viel zu geringen Mindestlohn.

Foto: Michal Dolnik / unistplash

Mindestlohn muss vor Armut schützen!

Arbeit muss sich wieder lohnen, so schallt es einem dieser Tage immer wieder aus den politischen Talkshows entgegen. Doch die Realität sieht vielerorts anders aus. Immer noch sind viel zu viele Menschen arm trotz Arbeit und auf Unterstützung angewiesen, um über die Runde zu kommen. Zwar stieg der gesetzliche Mindestlohn am 1. Oktober 2022 in einem großen Schritt auf 12 Euro pro Stunde. Das hatte der Deutsche Bundestag vier Monate zuvor gegen die Stimmen der AfD und bei Enthaltung der CDU/CSU beschlossen. Das Parlament war damit einer langjährigen Forderung der Linken und der Gewerkschaften nachkommen. Rund sechs Millionen abhängig Beschäftigte, vor allem aus den Branchen des Gastgewerbes, des Einzelhandels und der Landwirtschaft profitierten davon.

Doch seit dem Beschluss des Deutschen Bundestag ist viel passiert: Die Inflation erreichte allein im Jahr 2022 rund 7 Prozent. Auch im Jahr 2023 stieg der Verbraucherpreisindex um rund 6 Prozent. Das führte auch für diejenigen, die gerade einmal den gesetzlichen

Mindestlohn für ihre Arbeit erhalten, zu einem massiven Reallohnverlust. In anderen Worten: die Erhöhung des Mindestlohns wurde durch die Inflation geradewegs wieder aufgefressen.

Eigentlich hätte man erwarten müssen, dass die Ampelkoalition im Bund auf diese Entwicklung reagiert. Doch weit gefehlt! Auf Beschluss der Bundesregierung stieg der gesetzliche Mindestlohn zu Beginn dieses Jahres gerade einmal um 41 Cent – auf nunmehr 12,41 Euro.

Diese kümmerliche Erhöhung von 3,4 Prozent liegt weit unter der Preissteigerung der letzten beiden Jahre. Der Grund: SPD, Grüne und FDP wollten sich nicht mit den großen Arbeitgeberverbänden anlegen. Diese hatten zuvor in der Mindestlohnkommission einen höheren Anstieg rücksichtslos verhindert. Das Ergebnis: Immer mehr Beschäftigte müssen wieder zu echten Armutslöhnen arbeiten. Besonders betroffen: Frauen und Menschen in Deutschland, die ausweislich aller Statistiken besonders häufig gerade einmal den gesetzlichen Mindestlohn für ihre Arbeit erhalten.

Mit dieser fatalen Entscheidung der Bundesregierung verstößt Deutschland im Übrigen auch gegen die Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union, die ihren Mitgliedstaaten einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des mittleren Bruttolohns im jeweiligen Land vorgibt. Demnach müsste der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland inzwischen bei rund 14 Euro pro Stunde liegen und schon bald auf 15 Euro angehoben werden.

Eine solche schnelle Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns fordern auch Gewerkschaften und Sozialverbände. Und dafür wird auch die Linke im Deutschen Bundestag weiter Druck machen. Denn wer ernsthaft will, dass sich Arbeit lohnt, der darf es nicht bei Sonntagsreden belassen. Der muss auch dafür kämpfen, dass Arbeit auf allen Ebenen anständig bezahlt wird.



Pascal Meiser,
Bezirksvorsitzender
Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg



Meine Sicht.

Hauptstadt-Zulage für alle!

Kita-Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und alle anderen Beschäftigten der freien Träger sind stinksauer – und das zu Recht! Der Berliner Senat verweigert ihnen die Hauptstadtzulage. Obwohl noch Anfang 2024 versprochen worden ist, dass die Zulage gezahlt wird! Der Wortbruch des Senats gefährdet das gesamte Tarifsystem bei den sozialen Trägern. Die AWO hat im Februar den gerade abgeschlossenen Tarifvertrag inklusive Hauptstadtzulage widerrufen. Denn ohne die Refinanzierung durch den Senat hing die Vereinbarung mit der Gewerkschaft in der Luft. Außerdem wird eine unfaire Ungleichbehandlung fortgesetzt: Während diejenigen, die direkt für das Land Berlin arbeiten, die Hauptstadtzulage bekommen, gehen die Beschäftigten bei den Trägern leer aus. Die Hauptstadtzulage wurde 2020 während der Regierungsbeteiligung der Linken eingeführt. Schon damals hat die SPD die Einbeziehung der freien Träger blockiert. Wir sagen: Hauptstadtzulage für alle!

Damiano Valgolio,
stellv. Bezirksvorsitzender

#NurMitLinks

Am 9. Juni alle Stimmen für Die Linke

Am 9. Juni wird das Europa-parlament gewählt. Gerechtigkeit in Europa geht nur mit der Linken! Wir treten an, um die Europäische Union sozial zu machen und den Reichtum in Europa gerecht zu verteilen. Wir streiten für gerechten Klimaschutz und Frieden. Die Regierung und die Rechten werben für mehr Aufrüstung, stärkere Armeen und höhere Zäune um Europa. Die Sorgen der Menschen kommen wenig vor: Der Alltag funktioniert nicht mehr. Die Kosten für die Energiewende werden denen aufgebürdet, die schon genug

Sorgen haben. Unsere Vision für Europa sieht anders aus: Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht an den Börsen Europas gehandelt werden. Für Nahverkehr, der funktioniert und für die Fahrgäste kostenfrei ist. Für eine Bahn, die Europa verbindet. Dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt. Das ist machbar. Wenn wir zusammen stark sind. Stärker als die Rechten, die ärmere oder geflüchtete Menschen zu Sündenböcken



machen. Stärker als die Lobbys, die Interessen von Konzernen und Aufrüstung nach vorn stellen.



Unser Kurzwahlprogramm hier:



Hochhäuser am Gleisdreieck?

BVV versucht Befreiungsschlag von Investorenplänen

Am Rande des Parks am Gleisdreieck soll ein neues Urbanes Quartier mit 7 Hochhäusern entstehen. So wurde es in 2005 in einem Rahmenvertrag zwischen Senat und der damaligen Eigentümerin fixiert. Das Vorhaben ist äußerst umstritten, sind doch die alten Planungen völlig aus der Zeit gefallen. Weder gibt es einen Bedarf für Hotel und Bürogebäude, noch kann man die enorme Betondichte klimapolitisch empfehlen. Doch die Crux ist: Wird die vorgesehene Baumasse nicht

durch einen B-Plan des Bezirks erlaubt, droht vermeintlich Schadensersatz. So bestätigte es der Senat nicht zuletzt in seinem Prüfbericht Ende 2022. Nun kommt Ende 2023 ein Rechtsgutachten des Bezirksamtes – nach einem Anwaltsgutachten der Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e. V. – zu einem anderen Ergebnis: Der Rahmenvertrag aus 2005 bindet die BVV nicht. Es entsteht kein Entschädigungsanspruch, wenn die horrende Baumasse nicht bewilligt wird. Doch die ist Grundlage des

B-Plans, der auf dem Tisch liegt. Die BVV hat daher nun eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die erstmals in einer Planungswerkstatt auch mit lokalen Akteuren die realen Bedarfe ermitteln will. Der B-Plan für das Baufeld Süd ruht daher.

Dennoch fordert Senator Gaebler im April den Bezirk auf, den B-Plan rechtlich abzuschließen. Die Drohung steht im Raum: Pariert der Bezirk nicht, zieht der Senat das Verfahren an sich. Ist der Senat entschlossen, die Interessen der Grundstückseigentümerin abzusichern? Diese ist seit Ende 2020 die »Urbane Mitte Besitz S.A.R.L.« in Luxemburg, die zu 89 Prozent der DLE Group gehört. Deren Geschäft ist laut Handelsregister kurz gesagt der Erwerb von Grundstücken mit Entwicklung bis zur Baugenehmigung und anschließende Veräußerung. Seit Februar 2024 hält Christian Angermayer, Eigentümer der Apeiron Investment Group Ltd. mit Sitz auf Malta, mehr als ein Viertel der Aktien der DLE Group. Laut Einladung zur Aktionärsversammlung im Mai wird er die Vorstandsposten der DLE

Group neu besetzen. Angermayer ist eine schillernde Figur im internationalen Investmentgeschäft. Zu seinen Geschäftspartnern gehören laut Stern vom 02.02.23 auch der umstrittene US-Tech-Investor Peter Thiel, Großspender von Trump und neuer Arbeitgeber von Sebastian Kurz, der Krypto-Milliardär Mike Novogratz, sowie vor der Betrugspleite auch der Vorstand von Wirecard. Seine politischen Kontakte spannen er ebenfalls zu den Ex-Ministern für Wirtschaft und Gesundheit Altmaier und Spahn. Die BVV muss nun unter großem Druck entscheiden, ob sie den Investoren die Rendite sichert, oder nach fast 20 Jahren erstmals ermittelt, was überhaupt gebaut werden soll, was gewollt und gebraucht wird. Für uns Linke ist klar, dass wir auf Zweites pochen werden. Der Senat muss entscheiden, in wessen Dienst er steht.



Gaby Gottwald
Mitglied der BVV für
Die Linke im Ausschuss
Stadtentwicklung



Foto: Danks, bohn / unsplash

Wegfall von sozialem Wohnraum Mieter*innen brauchen mehr Schutz und Unterstützung

In den ehemaligen Sanierungsgebieten Friedrichshains wurden in den 1990er bis Anfang der 2000er Jahre knapp 3.700 Wohnungen mit erheblicher öffentlicher Förderung im Programm der Sozialen Stadterneuerung modernisiert und instandgesetzt. Die Mehrzahl befand sich im Besitz privater Eigentümer, die im Gegenzug zur Förderung vertraglich auf Mieten- und Belegungsbindungen für einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren verpflichtet wurden.

Während der Bindungszeit sahen die Förderbedingungen zwei Miethöhen vor. Mieter*innen mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) zahlten eine auf die Durchschnittsmiete im Sozialen Wohnungsbau abgesenkte Nettokaltmiete von 5,15 €/qm (Stand 2023). Für Mieter*innen ohne WBS galt der Mittelwert des Mietspiegels. Ziel dieser Regulierungen war, eine sozial gestaltete Stadterneuerung, bei der Bewohner*innen nicht durch zu hohe Mieten verdrängt werden. Insbesondere einkommensschwächeren Haushalten mit Wohnberechtigungsschein sollte auch nach der kostenintensiven Sanierung ein Verbleib oder ein Zuzug

in frei werdende Wohnungen ermöglicht werden. Der Bezirk konnte dazu seine Belegungsrechte in den geförderten Häusern nutzen.

Inzwischen sind die Sozialbindungen aus dem Programm der sozialen Stadterneuerung mehrheitlich ausgelaufen. Heute sind noch rund 1.100 Wohnungen in 55 Häusern sozial gebunden. 75% dieser Wohnungen werden bis Ende des nächsten Jahres vom Wegfall der Sozialbindungen betroffen sein.

Vermieter*innen können dann die gesetzlichen Regelungen für Mieterhöhungen voll ausschöpfen. Wie bisher sind zwar maximal 15% in 3 Jahren orientiert an der ortsüblichen Vergleichsmiete möglich, im Unterschied zur abgelaufenen Förderregelung ist dann jedoch eine Mieterhöhung bei Mieter*innen ohne Wohnberechtigungsschein auf einen Betrag über dem Mittelwert des Mietspiegels möglich, auch wenn dies mit wohnwerterhöhenden Merkmalen begründbar sein muss. Für Mieter*innen mit WBS hat die nun zulässige Mietsteigerung noch erheblichere Konsequenzen. Für sie kann die bisher abgesenkte Nettokaltmiete mit Ablauf der Bindung auf die

zulässige Mietspiegelmietsprunghaft ansteigen.

Mieter*innen, die in bereits aufgeteilten Häusern und in Einzeleigentum umgewandelten Wohnungen wohnen, müssen mit dem Ende des Bindungszeitraums zusätzlich mit Eigenbedarfskündigungen rechnen. In Friedrichshain betrifft dies laut Antwort des Bezirksamts auf eine Anfrage der Linken 13 ehemals geförderte Häuser mit 254 Wohneinheiten. Durch den Wegfall der Sozialbindungen erhöht sich der Druck auf die Mieter*innen. Dem lukrativen Geschäft mit Wohnungen werden dann auch in denjenigen Altbauten Friedrichshains Tür und Tor geöffnet, die einst mit Steuermitteln modernisiert und instandgesetzt wurden.

Es braucht den politischen Willen, Mieter*innen vor nicht leistbaren Mieterhöhungen und Eigenbedarfskündigungen wirksam zu schützen. Die bestehende kostenlose Mietrechtsberatung ist eine wichtige Voraussetzung, damit Mieter*innen ihre bestehenden Rechte wirkungsvoll wahrnehmen und mögliche Verstöße gegen bestehendes Mietrecht verhindert werden können. Dringend erforderlich

ist, dass Mieter*innen bezirkliche Unterstützung bekommen, wenn sie sich gegen vorge-täuschte Eigenbedarfskündigungen wehren.

Auch wenn die Zielsetzungen der Sozialen Stadterneuerung aufgrund der mittelfristig widersinnigen Ausgestaltung des dafür aufgelegten Förderprogrammes konterkariert werden, weil dieses eben keine dauerhafte Regulierung und damit dauerhaften Schutz vor Verdrängung vorsah, sind wir zumindest nicht machtlos, wenn es um die Wahrung der bestehenden Möglichkeiten des Mieterschutzes geht! Die Bezirke und das Land Berlin stehen in der Verantwortung, die betroffenen Mieter*innen aktiv zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass bezahlbare Wohnungen der Öffentlichkeit nicht durch spekulativen Leerstand, befristetes oder möbliertes Wohnen, Ferienwohnungen und vorge-schobenen Eigenbedarf vorenthalten werden.



Kerima Bouali
Mitglied der BVV
Friedrichshain-
Kreuzberg

Weniger Stress bei gleichem Lohn

Die 4 Tage Woche

Es herrscht Alarmstufe Rot: Immer Menschen sind durch die Belastungen in ihren Jobs ausgelaugt und frustriert. Zehntausende wechseln jedes Jahr den Beruf oder gehen in Teilzeit. Das betrifft auch und zunehmend den Berufszweig der Kranken- oder Altenpflege. Es herrscht ein regelrechter Pflegenotstand. Dabei gibt es eine einfache Lösung: 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte stünden durch Rückkehr in den Beruf oder Aufstockung der Arbeitszeit zusätzlich zur Verfügung – »sofern sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verbessern«, schreibt Hans-Böckler-Stiftung. Eine 4-Tage-Woche wäre für viele ein Argument, in ihren Beruf zurückzukehren. Das gilt nicht nur für die Pflegebranche. Sozialarbeiter*innen oder Lehrpersonal, die ihren Jobs unter Stress leiden und zu wenig Zeit für Kinder und Bedürftige haben, verlassen enttäuscht den Beruf oder reduzieren ihre Stunden, um sich vorm Burnout zu schützen. Die Bahn und viele Verkehrsunternehmen haben Schwierigkeiten, neue Lokführer*innen oder Busfahrer*innen zu gewinnen.



Statt immer mehr Stress und Arbeitsverdichtung brauchen wir mehr Zeit für Familie und Freunde, Hobbys und Ehrenamt. Kürzere Erwerbsarbeit ermöglicht zudem eine gerechtere Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit – die nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird. Es ist also höchste Zeit für die

gesellschaftliche Umverteilung von Arbeitszeit. Studien zeigen, dass die Vier-Tage-Woche sowohl Produktivität als auch Wohlbefinden steigert. Mehr als 80 Prozent der Vollzeitbeschäftigten befürworten die Vier-Tage-Woche. Gerade in Branchen mit Fachkräftemangel kann eine 4-Tage-Woche bei gleichem Lohn die

Attraktivität der Arbeitsplätze deutlich erhöhen. Die Linke fordert deshalb eine Offensive zur Verkürzung der Arbeitszeit. Das geht nicht ohne starke Gewerkschaften. Wir, Die Linke, schlagen 4 Schritte zur 4-Tage-Woche vor. Erstens, eine Anti-Stress-Verordnung, die Unternehmen dazu verpflichtet, die Gesundheit ihrer Beschäftigten zu schützen. Zweitens, die Einführung eines Wahlarbeitszeitgesetz, das es Beschäftigten ermöglicht, ihre Arbeitszeit je nach Lebenssituation, zum Beispiel in Zeiten, wenn die Kinder noch klein sind, zu reduzieren oder in anderen Zeiten, wieder heraufzusetzen. Drittens, die schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit auf 32 Stunden in öffentlichen Betrieben als Vorbild. Viertens, die staatliche finanzielle Unterstützung von kleinen Firmen bei der Umstellung.

Die 4-Tage-Woche muss kein Traum bleiben.

Für uns ist klar:

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist machbar!



Kerstin Wolter,
Co-Vorsitzende der
Linken Friedrichshain-
Kreuzberg

Mehr Überstunden? Nein danke!

Der FDP-Finanzminister Christian Lindner forderte jüngst in der ARD-Sendung »Caren Miosga«, man müsse den Beschäftigten »Lust auf Überstunden machen«, um der Wirtschaft neue Impulse zu setzen. Lindner fügte noch hinzu, er wünsche sich auch eine Mentalitätsreform, damit man Arbeit nicht nur zum Zwecke des Geldverdienens sehe, sondern auch sinnstiftend. Seine Forderungen sind nicht nur respektlos, sondern auch realitätsfremd und unverschämt. Der Finanzminister hält die Arbeitnehmer*innen offensichtlich für nicht fleißig genug. Der Blick in die Faktenlage zeigt,

wie wenig Ahnung Lindner von der bezahlten und unbezahlten Arbeit der Menschen hat. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland mehr als 1,3 Milliarden Überstunden geleistet, die Mehrheit davon unbezahlt. Das heißt, dass zwar mehr Profit erwirtschaftet, aber nicht als Lohn ausgezahlt wurde. Hinzu kommt noch Arbeit, die immer noch viel zu selten in Statistiken auftaucht: Sorgearbeit für Kinder oder andere Familienangehörige. Auch das ist Arbeit. Auch diese Arbeit kostet Kraft, Nerven und Zeit und kommt oft zu den 1,3 Milliarden Überstunden noch obendrauf – natürlich unbezahlt. Daneben haben

fast 30 Millionen Menschen ein Ehrenamt und engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für das Gemeinwohl. Auch dafür muss Zeit bleiben. Nicht ohne Grund gibt es Arbeitsrechte, die die Arbeitszeiten regeln und Überstunden als Ausnahme definieren. Erholung und Ruhephasen sind wichtig für die Gesundheit und ein zufriedenes Leben. Wenn Christian Lindner der Wirtschaft aber »neue Impulse« geben möchte, hat er als Finanzminister doch die allerbesten Instrumente: Investitionen. In einem Land mit einem eklatanten Mangel an Wohnraum, Funklöchern, soweit

das Auge reicht, mit zu wenig erneuerbaren Energiequellen, mit sanierungsbedürftigen Straßen, Schienen, Schwimmbädern und einer Industrie, die fit für die Zukunft gemacht werden müsste, braucht es dringend Investitionsimpulse. Diese sichern Arbeitsplätze, bringen die Konjunktur in Schwung und führen langfristig zu mehr Steuereinnahmen für die Staatskasse.



Yvonne Hein,
Mitglied im Bezirksvorstand für Die Linke

Gute Arbeit – nur mit Tarif!

Weniger als die Hälfte der Beschäftigten in Berlin arbeiten in tarifgebundenen Unternehmen. Das bedeutet: Schlechtere Arbeitsbedingungen, weniger Urlaub und auch weniger Geld. Im Durchschnitt verdienen sie pro Jahr 2.650 Euro brutto weniger als ihre Kollegen, für die ein Tarifvertrag gilt. Für die Interessen der Arbeitnehmer*innen und für Gute Arbeit ist deshalb eine höhere Tarifbindung erforderlich.

Dass die Erosion des Tarifvertragssystems ein Problem ist, hat inzwischen sogar die Europäische Union erkannt. Die EU-Mindestlohnrichtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen einleiten müssen, wenn die Tarifbindung Ende 2024 unter 80 % liegt. Von diesem Wert sind wir in Deutschland Lichtjahre entfernt, besonders schlimm sieht es in

Berlin aus. Doch die Bundesregierung unternimmt bisher nichts, um für mehr Tarifbindung zu sorgen. Auch auf Landesebene gibt es einige Stellschrauben, um den Tarifverträgen der Gewerkschaften zu mehr Wirksamkeit zu verhelfen. Die Linke hat während ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin 2020 dafür gesorgt, dass das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz eine Tariftreueklausel erhalten hat. Das bedeutet, öffentliche Aufträge des Landes Berlin dürfen nur noch an Unterneh-



men gehen, die nach Tarif zahlen. Der neue Senat aus CDU und SPD hat angekündigt, dass das Vergabegesetz »entbürokratisiert« werden soll, um die »Unternehmen zu entlasten«. Wir müssen aufpassen, dass die Tariftreue nicht geschliffen wird. Auch bei der Wirtschaftsförderung muss es mehr Vorgaben zur Tariftreue geben. Es muss der Grundsatz gelten: »Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit«. Wir haben beim so genannten Neustart Programm nach der Coronapandemie beim Berliner Investitionszuschuss zum ersten Mal durchgesetzt, dass nur Unternehmen gefördert werden, die nach Tarif

zahlen. Das muss nun auf die gesamte Wirtschaftsförderung ausgedehnt werden. Doch der CDU-SPD-Senat unternimmt nichts in diese Richtung. Schließlich kann Berlin die Tarifbindung erhöhen, indem freie Träger, die im Auftrag des Landes tätig werden, zur Anerkennung von Tarifverträgen verpflichtet werden. Dazu gehört natürlich auch, dass die entsprechende Vergütung für die Beschäftigten vom Land Berlin refinanziert wird. Der Wortbruch des Senats bei der Hauptstadtzulage ist leider ein Schritt in die falsche Richtung.



Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Einzelhandel: Tarifkampf seit über einem Jahr



Foto: sq lim / unsplash

In der Corona-Krise wurden sie als Heldinnen und Helden der Arbeit gefeiert: die Beschäftigten im Handel, die auch unter schwierigsten Bedingungen mit dafür sorgen, dass wir alle tagtäglich die Dinge bekommen, die wir zum Leben brauchen. Doch wenn es darum geht, dass sie für diese Arbeit auch anständig bezahlt werden, sinkt das Interesse der breiten Öffentlichkeit schlagartig. Dabei arbeiten rund 3,1 Mil-

lionen Beschäftigte in dieser Branche. Gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di kämpfen viele von ihnen jetzt schon seit über einem Jahr für einen neuen Tarifvertrag und einen Ausgleich für die Preissteigerungen der letzten Jahre. Ihre Forderung für den Einzelhandel: 2,50 Euro mehr pro Stunde und einen Mindeststundenlohn von 13,50 Euro. Immer wieder kommt es deswegen auch in Berlin zu

Warnstreiks im Groß- und Einzelhandel. Denn gerade die Verkäufer*innen wissen nur zu gut, wie die Preise für die Dinge des täglichen Bedarfs in den letzten Jahren explodiert sind. Dabei verdienen die Beschäftigten im Handel in der Regel schon vor dieser Preisexplosion nicht sonderlich gut. Die Antwort der Bundesregierung auf eine meiner Anfragen aus dem vergangenen Jahr hat das nochmals unterstrichen: Wer im Einzelhandel in Vollzeit arbeitet, bekam im Mittel (nicht im Durchschnitt) keine 2.700 Euro brutto. Das sind gut 800 Euro weniger als in der Gesamtwirtschaft. Bei vielen liegt der Lohn sogar noch deutlich darunter. Von der hohen

Zahl schlecht abgesicherter Verkäufer*innen Teilzeit oder gar nur mit Minijob ganz abgesehen. Die aktuelle Tarifaussetzung droht vor diesem Hintergrund zu einer der langandauerndsten in der jüngeren Geschichte zu werden. Denn die großen Einzelhandelskonzerne stellen die Machtfrage. Sie wollen künftig die Löhne einseitig nach Gutsherrenart festsetzen, um ihre Profite weiter steigern zu können. Dabei gehören schon jetzt zu den Top 10 der Superreichen in Deutschland 4 Familiendynastien, die ihr Geld mit Handelskonzernen wie Lidl, ALDI oder Otto machen. Die Beschäftigten haben es also mit mächtigen Gegnern zu tun. Auch deshalb brauchen sie jetzt breite Unterstützung.



Pascal Meiser, Co-Bezirksvorsitzender Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg

Neuer Mietvertrag fürs YAAM

Überquert man die Schillingbrücke Richtung Friedrichshain ist es nicht zu übersehen:



das YAAM, Ort für Sozio-kultur und Berliner Subkultur und eine Anlaufstelle für afropäische Communitys nebst entsprechenden Angeboten.

Seit Jahren wird im Bezirk und auf Landesebene über den Verbleib des YAAM als unabhängige Kultur- und Freizeitstätte an diesem Ort diskutiert. Ein Ort welcher von Einheimischen und Besuchern seit 2014 gleichermaßen geliebt und genutzt wird. Endlich ist es gelungen, zwischen dem Bezirksamt und KULT. dem Verein für Jugendkultur e.V, einen Mietvertrag über 20 Jahre mit zweimaligem Optionsrecht auf Verlängerung über jeweils 5 Jahre abzuschließen. Der Vertrag selbst wurde entsprechend den verschiedenen Interessen der Beteiligten und der Besonderheiten des Objekts individuell ausgehandelt. Die Vertragslaufzeit soll dem Mieter Finanzierungsmöglichkeiten, auch über Fördergelder zur Sanierung des Gebäudes, eröffnen. In den letzten etwa 30 Jahren gelang es dem gemeinnützigen Verein, das YAAM als festen Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft zu etablieren und einen niedrigschwelligen Zugang zu Kultur und sozialer Integration zu ermöglichen.

Wir freuen uns über die langfristige Planungssicherheit für das YAAM und erinnern gern daran, dass sich Die Linke auf Bezirks- und Landesebene dafür immer stark gemacht hat.



Regine Sommer-Wetter,
Mitglied im Kulturausschuss der BVV

Deutsch-türkische Kita vor dem Aus?



Perspektive gesucht

Der Deutsch-türkische Bildungscampus in Kreuzberg ist ein Unikat. Mit der Europa-Kita, dem Sportverein Türkiyemspor, der Aziz-Nesin-Grundschule und der Carl-von-Ossietsky-Schule bietet dieser Ort Kindern von der Kita bis zur Oberschule eine Heimat, wo Bildung und Freizeit und somit gesellschaftliche Teilhabe und Begegnung stattfindet. Die etablierte Kooperation ermöglicht einen reibungslosen Übergang von Kita zur Schule sowohl für den Nachwuchs als auch für die Eltern. Droht diesem Unikat nun das Aus? Hintergrund der Besorgnis ist die bauliche Substanz der Aziz-Nesin-Grundschule, die einen Abriss und Neubau erfordert. Momentan nutzt die Europa-Kita einen Teil des Schulgebäudes. In den ersten Vorplanungen ist für die Kita im zukünftigen Schulgebäude kein Platz mehr. In der Konsequenz würden Kita und Schule räumlich voneinander getrennt

und mittels eines Ringtausches auch noch die Löwenzahn-Kita in ein anderes Quartier verdrängt. So stellte sich bislang das Bezirksamt eine Lösung vor. Diese Vorplanungen haben in der Elternschaft für einige Unruhe und eine lebhaftere Beratung im Jugendhilfeausschuss 13. Februar 2024 gesorgt. Die anwesenden Vertreter*innen machten deutlich, dass sie weiterhin eine integrierte Campus-Lösung bevorzugen. Das seit über 30 Jahren gelebte Konzept ist so beliebt, dass die Nachfrage nach Plätzen in der Europa-Kita das Angebot bei weitem übersteigen. Auch die Sportplätze würden von den baulichen Maßnahmen betroffen sein. Von den Nutzer*innen des gesamten Areal wird zudem eine mangelnde Kommunikation durch das Bezirksamt kritisiert. Unbestritten ist, dass an einem Abriss und Neubau kein Weg vorbeiführt. Warum aber künf-

tig Schule und Kita nicht in einem Bau oder zumindest auf dem bestehenden Grundstück zu integrieren seien, konnte bislang nicht aufgeklärt werden. Vorgetragene Argumente, wonach in diesem Gebiet ausreichend Kita-Plätze vorhanden seien und ein Kitaneubau nicht förderfähig wäre, blenden die Sondersituation des Campus-Konzeptes und die daraus resultierenden Sonderbedarfe aus.

Die über 30 Jahre geschaffenen und bewährten Strukturen wollen wir als Linke auf dem Campus fortführen. Kita und Schule in Kooperation mit Sport wollen wir in bewährter Struktur erhalten.



Kolja Fuchslocher,
Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

Wertvolles Gut: Grauwasser



Foto: freepik

Gering verschmutztes, fäkalien freies Abwasser aus Bädern, Duschen oder Waschmaschinen bezeichnet man als Grauwasser. Da es nur leicht verschmutzt ist, kann es relativ einfach aufbereitet werden. Mit Grauwasser ließe sich zum Beispiel problemlos die Toilettenspülung betreiben. Seit mindestens 30 Jahren ist in Berlin die Aufbereitung von Grauwasser zu einer Zweitnutzung als Brauch- bzw. Betriebswasser bekannt. Trotzdem wurde diese ressourcensparende Methode, sich von der öffentlichen Regenentwässerung abzukoppeln und damit das Entgelt an die Berliner Wasserbetriebe (BWB) zu sparen, bisher nur punktuell in Berlin umgesetzt. In ganz Berlin gab es 2023 etwa zehn Grauwasserrecyclinganlagen, obwohl die Berliner Wasserbetriebe uns Berliner*innen zuletzt mit einer aufwendigen Werbekampagne zum Wassersparen aufgefordert

haben. Zurecht: Der menschengemachte Klimawandel sorgt nicht erst seit gestern für immer neue Temperaturrekorde und Extremwetterereignisse wie Hochwasser und Dürreperioden, auch in Berlin. Die BWB sind als Unternehmen des Landes Berlin zuständig für die Wasserver- und Abwasserentsorgung für Berlin und Teile Brandenburgs. Für die BWB arbeiten insgesamt etwa 4.500 Beschäftigte. Sie bezeichnet sich selbst auf ihrer Homepage als »finanziell solides Unternehmen«, das »substantielle Überschüsse für das Land Berlin (erzielt)«. Und diese Gewinne können sich wirklich sehen lassen: Unser Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg alleine führt jährlich über eine halbe Million Euro an Regenwassernutzungsentgelten an die BWB ab. Diese werden fällig, weil der Bezirk bspw. Gebäude besitzt, die über Dächer Regenwasser in die Kanalisation ableiten.

Man könnte also frech unterstellen: Die BWB haben doch gar kein Interesse daran, dass Regenwasser genutzt wird, denn sie erzielen über ihre Entgelte diese enormen Überschüsse. Aber das ist nur eine vage Vermutung. Es bleibt die Hoffnung, dass sich private und öffentliche Grundstückseigentümer*innen vermehrt für die Grau- und Regenwassernutzung entscheiden. In unserem Bezirk will ich mit einem Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung dieses Thema zumindest für Neubau und Sanierungen im öffentlichen Bestand voranbringen, was bspw. für den Neubau der Europa-Schule von Bedeutung sein kann.



Karolin Behlert,
Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

SUPPE & MUCKE

support your kiez

Der Suppe&Mucke e.V. richtet seit 2009 jährlich das gleichnamige unkommerzielle Straßenfest im Stadtteil Friedrichshain aus. In diesem Jahr wird es am 15.06.2024 auf dem RAW-Gelände stattfinden. Der Standort des Festes wechselt jedes Jahr und macht damit auf die soziokulturelle Vielfaltigkeit des Stadtteils und seiner Kieze aufmerksam. Die Festbesucher*innen können sich über lokalpolitische Themen informieren und mit den teilnehmenden Projekten, Künstler*innen und anderen Mitmenschen in Kontakt treten. Auf mehreren Bühnen und Off-Spaces gibt es ein umfangreiches künstlerisches Programm: über Bands und DJs bis hin zu Theater, Kleinkunst und Performance. Darüber hinaus finden verschiedene Workshop- und Mitmach-Angeboten sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu stadtpolitischen Themen statt. An Ständen laden soziokulturelle Projekte, Initiativen und Vereine zum kostenlosen Probieren ihrer Suppen ein und informieren dabei über sich und ihre Arbeit. Der Verein Suppe&Mucke e.V. arbeitet ausschließlich ehrenamtlich und wurde während seines gesamten Bestehens zu keiner Zeit institutionell gefördert. Für die Veranstaltung am 15.06.2024 entstehen Suppe&Mucke e.V. Kosten in Höhe von ca. 14.250 Euro. Damit das Fest wie geplant durchgeführt werden kann, haben Grüne, Linke und SPD einen Antrag über eine Förderung in Höhe von 5.000 Euro in die BVV eingebracht. Dieses Geld kommt aus den Sondermitteln der BVV, über deren Verwendung allein die Bezirksverordneten entscheiden.



Regine Sommer-Wetter,
Mitglied im Kulturausschuss der BVV

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9.00–16.00 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Mai / Juni 2024

1. Mai: Mariannenplatzfest
ab 13:00 Uhr, Mariannenplatz
in Kreuzberg

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de
Öffnungszeiten: Mo., 10.00–16.00 Uhr
und Mi., 12.00–18.00 Uhr

Bürger*innensprechstunde:

Mo., 28.05. 16.00–18.00 Uhr
Mo., 25.06., 16.00–18.00 Uhr

Migrationsberatung:

auf Anfrage

Kontakt Damiano Valgolio, MdA

Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Kiezprechstunde:

Mi., 15.05. und 26.06., jeweils von
16.30–18.00 Uhr, Centro Sociale (Wahl-
kreisbüro), Richard-Sorge-Straße 69 a,
10249 Berlin, um Anmeldung wird gebeten

Kostenlose Rechtsberatung:

Do., 16.05. und 20.06. jeweils von
15.00–17.00 Uhr, Ort: Centro Sociale (Wahl-
kreisbüro), Richard-Sorge-Straße 69 a,
10249 Berlin, um Anmeldung wird gebeten

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürger*innensprechstunde:

Fr., 03.05., 24.05. und 14.06. jeweils
10.30–11.30 Uhr

Kostenlose Miet- und Sozial- rechtsberatung mit Rechts-

anwalt Gerd-Peter Junge und
Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich):
Do., 13.06. jeweils 14.00–16.00 Uhr

Ortsverbände:

Friedrichshain Südost

■ Mitgliedertreffen: Mo., 06.05. und
24.06., jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden

Friedrichshain Nordost

■ Mitgliedertreffen: Do., 16.05. und 20.06.,
jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain West

■ Stammtisch: Do., 16.05. und 20.06.,
jeweils 19.00 Uhr, im »Degendorff«,
Petersburger Straße 74 a,
■ Mitgliedertreffen: Di., 28.05., 18.30 Uhr,
Roter Laden und 25.06., 18.30 Uhr,
Volkssolidarität Koppenstraße 62

Ortsverband Kreuzberg

■ Mitgliederversammlung: Do., 2.5. und
6.6., jeweils 19.00 Uhr im Familien-
garten, Oranienstr. 34, HH
■ Stammtisch: Mo., 20.05. und 17.06.,
jeweils 19.00 Uhr – Ort muss erfragt
werden
■ Social Media AG Kreuzberg: Fr., 12.30–
13:30 Uhr, als Videokonferenz

Fünf Fragen an unser 1.000stes Neumitglied



Patrick

Foto: privat

1. Welche Themen haben dich politisiert und für welche Themen machst du dich heute stark?

Ich bin Lehrer an einer Schule. Dort sehe ich tagtäglich wie soziale Herkunft einen Einfluss auf Bildungschancen und Perspektiven hat. Aus diesem Grund haben mich die Themen Bildungsgerechtigkeit und Klassismus stark geprägt. Für eine bessere Welt zu kämpfen, beginnt auch im Klassenraum. Klare Kante gegen Rechts zu zeigen, gehört für mich dazu.

2. Wer ist dein*e Lieblings- Linken-Promi und warum?

Als Kind waren es Tiger und Bär aus den Geschichten von Janosch (warum??), dann Gregor Gysi, weil er Missstände in unserer Gesellschaft so schön prägnant auf dem Punkt bringt.

Bodo Ramelow und seine Arbeit in Thüringen schätze ich sehr. Und ich freue mich, dass Die Linke Carola Rackete als Spitzenkandidatin aufgestellt hat.

3. Was lässt dein linkes Herz höher schlagen?

Solidarität bei meinen Schüler*innen erleben zu dürfen. In meinem Alltag als Lehrkörper freue ich mich, wenn ich mitbekommen, dass es den Schüler*innen wichtiger ist, sozial eingebunden, Teil einer kooperativen Gemeinschaft zu sein, statt egoistischen Interessen verfolgt und man sich gegenseitig in seiner Individualität schätzt. Dann habe ich als Lehrer, denke ich, auch einen guten Job gemacht.

4. Lieblingsort in Friedrichs- hain-Kreuzberg?

Je nach Gemütslage: Tanzen im »://about blank«, Falafel essen am Schlesi oder ein Spaziergang an der Stralauer Spitze.

5. Darauf freue ich mich im Wahlkampf am meisten:

Es ist mein erster Wahlkampf. Ich durfte schon einige Male als Wahlhelfer unterstützen und mich mit ganz unterschiedlichen Menschen austauschen. Nun freue ich mich darauf, mich bei diesem Wahlkampf noch aktiver und für eine linke Politik einzubringen.

Zahl des Monats

49

Nur noch **49 Prozent** der Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben, die einen Tarifvertrag haben. Die Zahl der Beschäftigten mit Tarifvertrag ist in den letzten Jahrzehnten gesunken. Im Jahr 2012 lag der Anteil noch bei 58 Prozent. 2000 arbeiteten noch etwas mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmer*innen in Deutschland in tarifgebundenen Betrieben.

Tarifverträge bieten eine Reihe von Vorteilen, die den Arbeitnehmern zugute kommen. Laut Studien verdienen Beschäftigte mit Tarifverträgen rund elf Prozent mehr als ihre Kolleg*innen ohne Tarifvertrag und arbeiten wöchentlich 54 Minuten weniger. Außerdem sind Arbeitnehmer*innen in Betrieben mit einem Tarifvertrag zufriedener mit ihrer Arbeit und kündigen seltener, haben weniger Krankheitstage, mehr Urlaub und höhere Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Und auch für Fachkräfte sind Arbeitgeber mit Tarifvertrag viel attraktiver. Gute Arbeitsbedingungen zahlen sich also für beide Seiten aus.

Bitte unterstütze

Die Linke in Friedrichshain-Kreuzberg

AKTIV!

Mitglied werden



[www.die-linke.de/
mitmachen/
mitglied-werden](http://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden)

Spenden an Die Linke LV Berlin



IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

Die Linke

Friedrichshain-
Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 23. April 2024
Herausgeberin: Die Linke, Friedrichs-
hain-Kreuzberg, Tel: 030/4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

**Kontakt Fraktion Die Linke. in der
BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599

E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de